

## **Abstract**

Dank des Reichtums an Naturressourcen wurde Kolumbien innerhalb des Environmental Sustainability Index 2002 von „The Global Leaders for Tomorrow Environment Task Force“, World Economic Forum, auf Rang 22 unter 142 Ländern eingestuft. Trotzdem könnten die laufenden nicht nachhaltigen Prozesse das Land mittelfristig zu einer Umweltkrise führen.

Einige der für die Verschlechterung der Umweltsituation in Kolumbien verantwortlichen Faktoren sind: die Armut eines bedeutenden Teils der kolumbianischen Gesellschaft, die unkontrollierte Ausbeutung der Bodenschätze, die nicht gelösten sozialen Probleme und die damit verbundene politische Gewalt, sowie eine orientierungslose Energiepolitik.

Der Prozess im Zusammenhang mit der Stockholmer UN-Umweltkonferenz (1972) setzte in Lateinamerika, wie in anderen Regionen der Welt, die umweltpolitischen Gedanken in Bewegung, aber aus politischen, ökonomischen und sozialen Gründen nahm die Umweltpolitik jener Länder eine ganz andere Entwicklung als in den europäischen Industrieländern.

Durch das 1974 in Kraft getretene Umweltgesetzbuch war Kolumbien trotz der Abwesenheit einer Umweltbewegung Vorreiter in der Umweltpolitik im lateinamerikanischen Raum. Aber wegen der Schwächen im Text dieses Gesetzeswerkes und seiner zögerlichen Umsetzung hat diese frühe institutionelle Verankerung der Umweltpolitik keine positive Entwicklung nach sich gezogen.

Die Last der internen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen sowie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat sich unmittelbar als Hemmschuh bei der Umsetzung vorbeugender und modernisierender umweltpolitischer Maßnahmen ausgewirkt.

## **1. Einleitung**

### **Systemordnung**

In den von Spanien beherrschten Gebieten in Amerika kam es nach einem Jahrhundert der Zerstörung der autochthonen Gesellschaften im 17. und im 18. Jahrhundert zur Konsolidierung einer despotischen Gesellschaftsordnung, die strenger und stärker geschlossen war als diejenige der Metropole selbst. Die Anwesenheit von starken eingeborenen und afrikanischstämmigen Bevölkerungsgruppen, die auf eine dienende und von der Minderheit der weißen Eroberer beherrschte Stellung beschränkt waren, führte in der amerikanischen Gesellschaftsordnung zur fast vollständigen Abwesenheit solcher gesellschaftlichen Praktiken, wie sie in Europa Grundlage für die Herausbildung der Zivilgesellschaft waren;

wie z. B. das Entstehen einer Bevölkerung von souveränen Individuen, eine klare Trennung zwischen Zivilgesellschaft und Staat sowie zwischen der öffentlichen und der privaten Sphäre (vgl. del Búfalo in: CEPAL 1996).

Auch gelang es der lateinamerikanischen Gesellschaft, die von Beginn an ein Produkt des Marktes war – denn sie wurde organisiert in Abhängigkeit vom Handel mit der Metropole und über diese mit dem übrigen Europa – nicht, einen Binnenmarkt hervorzubringen noch, sich vollständig auf ihren gesellschaftlichem Gebiet zu integrieren, ohne dynamische Bindungen zur Außenwelt, die es gestattet hätten, den in Europa ablaufenden Prozess zu wiederholen.

Der Handel – im wesentlichen in Form der Ausplünderung – brachte auf dem amerikanischen Kontinent einen Typus des Händlers hervor, der in diesen Ländern stets nur auf der Durchreise war oder sich zumindest so fühlte und somit nicht die Bereitschaft mitbrachte, komplizierte produktive Projekte in Angriff zu nehmen, die nur langsam gereift wären. Der Besitzer einer Hacienda entwickelte naturgemäß eine Gewinnmentalität, da er stets für die großen europäischen Zentren des Konsums produzierte. Die produktive Arbeit selbst beruhte im wesentlichen auf dem Dienstverhältnis und war demzufolge ohne Eigeninitiative.

Die südamerikanische Gesellschaftsordnung übernahm die schlechtesten Züge der feudalen Ordnung und der merkantilen Ordnung, wodurch bis auf den heutigen Tag die Verhaltensweisen der gesellschaftlichen Handlungsträger auf eine solche Weise geprägt sind, dass die kapitalistische Entwicklung und diejenige der Zivilgesellschaft, so wie sie in Europa stattfand, verhindert wurde (vgl. del Búfalo in: CEPAL 1996). In wirtschaftlicher Hinsicht hängt der Subkontinent bis heute weiterhin von den Zentren ab, und auf der gesellschaftlichen Ebene ist bis heute die freie Meinungsäußerung noch nicht für die Gesamtheit aller Gesellschaftsglieder garantiert. Ebenso wenig ist es zur klaren Abgrenzung zwischen Staat und Zivilgesellschaft gekommen, was den auf Klientelbeziehungen beruhenden populistischen Eigenschaften ihrer politischen Systeme geschuldet ist.

Die Unabhängigkeit brachte im 19. Jahrhundert die Notwendigkeit der Organisierung neuer Nationalstaaten zu einem Zeitpunkt mit sich, zu dem in Europa die liberale Form des Staates durchsetzte. Die Anhänger der Unabhängigkeit nahmen damals den liberalen Diskurs auf, in Opposition zum realen Konservatismus sowie unter dem Eindruck der Revolution in den Vereinigten Staaten und der Französischen Revolution, und sie versuchten den Staat unter Anwendung seiner liberalen Form in einer Gesellschaft zu organisieren, die vorwiegend durch despotische und dienende Verhältnisse zusammengehalten wurde.

Von dem gesamten liberalen Diskurs entsprach jedoch lediglich der freie Warenaustausch einem tatsächlichen Bedürfnis der lateinamerikanischen Gesellschaft, und auch dies nur in

dem Maße, in dem dieser es den Provinzen gestattete, sich von der Vermittlerrolle der Metropole zu befreien, um direkt mit den großen Zentren der neuen industriellen Entwicklung ins Verhältnis zu treten.

Von der Unabhängigkeit an bis in die Gegenwart erscheint die Diskrepanz zwischen der Form des Liberalen Staates und der hierarchischen und vertikalen Gesellschaftsstruktur immer als eine vorübergehende Dysfunktion, die auf einer Ausnahmesituation beruht. Die despotische Einpersonenherrschaft – die Diktatur – wird nämlich immer auf der Ebene der liberalen Institutionen ausgeübt, um diese wiederherzustellen sobald die Notlage zu bestehen aufhört. Der lateinamerikanische Diktator ist, von einigen Ausnahmen abgesehen, ein liberaler Despot, der ständig bemüht ist, eine Verfassung in Kraft zu setzen, oder diese zu verbessern, oder aber sie außer Kraft zu setzen, um die zukünftigen Bedingungen für ihre Wirksamkeit zu schaffen. Die Diktatur geht der Verfassung voraus und sie folgt auf dieselbe, welche anstelle eines Gesellschaftsvertrages, der aus den Praktiken der Zivilgesellschaft entstanden wäre, eher eine Absichtserklärung darstellt, eine Intention, die durch die gesellschaftliche Dynamik immer wieder aufgeschoben wird. „Die republikanische Geschichte Lateinamerikas ist die Geschichte der Anstrengung, dem Subkontinent die liberale Staatsform aufzuzwingen, bei Abwesenheit einer Zivilgesellschaft“ (del Búfalo in: CEPAL 1996: 122).

Nach der Konsolidierung der Unabhängigkeit setzt sich in Kolumbien, so wie in anderen Ländern des Kontinents, auf wirtschaftlichem Gebiet die Doktrin der Abschaffung der Importbeschränkungen durch sowie eine Denkweise, nach welcher das Land sich jenen Tätigkeiten widmen sollte, die naturgegeben die nützlichsten wären, und zwar der Landwirtschaft und dem Bergbau; die Industrie hingegen sollte den Ländern mit Erfahrung und Tradition auf diesem Gebiet überlassen bleiben. Wenn die Regierungen sich dennoch entschlossen, Importzölle zu erheben, so taten sie dies ausschließlich im Hinblick auf die Staatsfinanzen und niemals zum Schutze oder zur Stimulierung der einheimischen Industrie oder des Handwerks (s. Arango 1997).

Hier ist eine Erinnerung an Keynes<sup>1</sup> angebracht, der geschrieben hatte, dass der Wohlstand Europas auf der Tatsache beruhte, dass wegen der außerordentlichen großen Menge an Lebensmitteln, über die der amerikanische Kontinent verfügte, Europa diese zu niedrigen Preisen einkaufen konnte, im Vergleich zu dem für die Herstellung seiner Exportgüter benötigten Arbeitsaufwand. Dank dieses Umstandes und im Ergebnis der zuvor getätigten Kapitalinvestitionen, deren angehäuften Zinsen wiederinvestiert wurden und sich wiederum akkumulierten, hatte Europa den Anspruch auf eine beträchtliche jährliche Kapitalmenge ohne irgendwelche Rückzahlungsverpflichtungen.

---

<sup>1</sup> J. M. Keynes: *The Economic Consequences of the Peace*; New York, 1920

Unter diesen Bedingungen war die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert ein fast ausschließlich europäisches Phänomen, das sich schnell auf Nordamerika übertrug, nach Iberoamerika jedoch erst im 20. Jahrhundert gelangen sollte, als die Nachrichten- und Verkehrsverbindungen dazu eingerichtet waren und damit der weltweite technische Fortschritt genutzt werden konnte.

Gegen 1940 waren die Gesellschaften Lateinamerikas gekennzeichnet „durch die Ausbeutung eines beträchtlichen Teiles ihrer Naturreichtümer mit Rücksicht auf die Bedürfnisse an Lebensmitteln und Rohstoffen der Industrieländer, was zur Erschöpfung des Bestandes an vielen nicht erneuerbaren Ressourcen führte; zum massenhaften Abholzen von Wäldern, zur missbräuchlichen Übernutzung eines Teils der besten landwirtschaftlichen Flächen sowie zu einer Neuverteilung der Bevölkerung zwischen den Regionen und zwischen Stadt und Land“ (Sunkel 1983: 198).

Die Krise der 30er Jahr, die den Weltmarkt fast völlig lahmlegte, verringerte die lateinamerikanischen Exporte und damit auch die Importkapazitäten der Region auf drastische Weise. Zu diesem Zeitpunkt geschah es, dass die Länder mit einem höheren Entwicklungsstand begannen, eine eigene Industrie hervorzubringen, um die Importe von den Gütern zu ersetzen, nach denen die größte Nachfrage bestand.

Dieser Prozess wurde durch die interne Sozialstruktur eingeschränkt, welche für das Auftreten von Unternehmern nicht günstig war und die auch keine qualifizierten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen konnte. Außerdem befanden sich die Finanzmittel in der Hand der Zinsempfänger, die wenig geneigt waren, die Risiken unternehmerischer Initiativen zu übernehmen; und das Vorhandensein einer großen verarmten Volksmasse ermöglichte nicht die Herausbildung eines genügend breiten Marktes für eine rentable einheimische Industrieproduktion.

In diesem Kontext verfestigte sich eine neue Spielart des staatlichen Eingriffes in die Wirtschaft; diese geschah in der Absicht, eine Sozialstruktur zu korrigieren, welche die Entwicklung einer modernen Gesellschaft in Lateinamerika, sprich: die Ausdehnung des Binnenmarktes, verhinderte.

Nach Enzo del Búfalo kommen die Praktiken der Entwicklungsbefürworter und die Mittelschichten als politisches Subjekt dieser Praktiken vermittelt einer Ideologie zum Ausdruck: des *Populismus*; und sie werden vermittelt durch eine operative Spielart desselben: das *Klientelismus*. Der Populismus heiligt das Recht der wenig gebildeten und verarmten Massen auf Beteiligung am politischen Geschehen vermittelt der Stimmabgabe, welche die populistische Partei ihren Zielen entsprechend lenkt und im Gegenzug dazu eine gewisse

Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten dieser Massen zusichert, im Wesentlichen in der Form von grundlegenden Dienstleistungen und Subventionen für die Befriedigung der Grundbedürfnisse.

Die Subventionen, Vorzugsfinanzierungen, Steuerbefreiungen und alle anderen Vergünstigungen von Seiten des Staates zirkulieren schnell durch das Netz von Klientelbeziehungen, welche einerseits zwischen den parteiabhängigen Kommandozentralen und der staatlichen Bürokratie sowie andererseits im Umfeld der Politiker und ihrer Freunde hergestellt wurden, die sich der unternehmerischen Tätigkeit widmen.

Auf der Grundlage dieses politischen und sozialen Schemas begannen die Regierungen in der Region mit der Verwirklichung einer Industrialisierungsstrategie, welche die Art und Weise der existierenden Verknüpfung mit der Weltwirtschaft zerstören sollte und es gleichzeitig ermöglichen sollte, die marktwirtschaftliche gesellschaftliche Praxis auszuweiten bis hin zur Konsolidierung einer breitgefächerten Zivilgesellschaft zur Stützung der Handlungsfähigkeit der liberalen Institutionen.

Nach gewissen Anfangserfolgen blieb dieses Modell in den wichtigsten Ländern des Subkontinents stecken, wodurch sich die sozialen Konflikte und die politische Instabilität verschärften. Keinem einzigen Lande gelang es schließlich, mit dem alten Grundschema der Wirtschaft zu brechen, die weiterhin von den traditionellen Exporten abhängig blieb, mit denen eine immer komplexere, diversifizierte Ökonomie mit wachsendem Devisenbedarf finanziert werden musste.

Die Übernahme der Lebensweise der entwickelten Länder durch die finanzkräftigsten Schichten brachte eine massive Umstrukturierung des Systems der Produktion, die Schaffung einer der neuen Lebensweise entsprechenden Messlatte für die Entwicklung und eine neue Wirtschafts- und Sozialstruktur hervor. Letztere ist gekennzeichnet durch einen aufstrebenden, dynamischen und modernen Wirtschaftssektor, der Kapital und Energie auf sehr intensive Weise nutzt und außerdem einen erhöhten Verbrauch an Importgütern hat.

Der stagnierende Sektor der Wirtschaft nutzt die Arbeitskräfte intensiv und beruht vorwiegend auf der Nutzung natürlicher Ressourcen und lokaler Energiequellen. Dieser letztere Sektor kann schwerlich das wachsende Angebot an Arbeitskräften aufnehmen, während der erstgenannte mit seinem schnellen Wachstum zusätzliche Arbeitskräfte in nur geringer Zahl verlangt. Dies führt zu wachsender Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die strukturell angelegt sind.

Außerdem verdrängt die Modernisierung der Landwirtschaft große Bevölkerungsgruppen von denen ein Teil in den ärmsten ländlichen Gebieten verbleibt, während ein anderer Teil in zu besiedelndes Grenzland abwandert; die übrigen verlassen das ländliche Gebiet.

Der industrielle Sektor seinerseits ist mehr oder weniger vom Import von Investitionsgütern, Rohstoffen, Energieträgern, Halbfabrikaten, Technik sowie Know-how und Technologien für die Vermarktung abhängig. Diese Abhängigkeit erneuert sich ständig in dem Maße, in dem neue Produkte, Produktionsprozesse und Neuerungen eingeführt werden. Auf diese Weise stützt sich der Industrialisierungs- und Modernisierungsprozess in wachsenden Maße auf importierte Güter und Dienstleistungen mit den daraus folgenden Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz, welche durch Steigerung der Exporte von Grundstoffen auf der Basis der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ausgeglichen werden muss.

Die rasche Ausweitung der staatlichen Auslandsverschuldung begann Ende der 70er Jahre aufgrund der hohen Geldmenge auf den internationalen Finanzmärkten, welche ihrerseits entstanden war durch die gestiegenen Einlagen der OPEC-Länder auf Bankkonten in Europa und den USA nach dem Anstieg des Erdölpreises. Dazu kam der Finanzierungsbedarf der Entwicklungsländer für lange Jahre über immer wieder aufgeschobene Projekte, die diesen nützlich erschienen, gleichzeitig jedoch überproportionalen Dimensionen annahmen (Arango 1997).

Die Banker der Industrieländer wurden übereilig und ohne eine sachgemäße Risikoanalyse zu Schirmherren eines anhaltenden Umschlags der Petrodollars mit Folgen, die bis heute schmerzlich auf den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer lasten. Der Preisverfall der grundlegenden Exportprodukte der Entwicklungsländer, verursacht durch die Rezession, von der die Industrieländer betroffen waren, beeinträchtigte ernsthaft deren Deviseneinnahmen, bremste so die Entwicklung der Investitionen und trug zum Anwachsen der Staatsverschuldung bei.

So kamen die Prozesse der Ablösung von Importen und der Exportförderung unter einem interventionistischen Staat nach dem Auftreten der vorgenannten Symptome und dem Verlust des Ansehens des Staates zum Erliegen, und es erfolgte der Übergang zu einer neoliberalen Politik des freien Marktes, der Privatisierungen und der Demontage des Staates.

Der Neoliberalismus greift bestimmte Formen der politischen Despotie an, während er andere verteidigt; er verteidigt die ökonomische Despotie und fördert die Entwicklung von Armut, welche eine Form des Ausschlusses eines Teiles der Bevölkerung vom Dasein als souveränes Individuum darstellt. Ungeachtet seiner Ablehnung des interventionistischen Staates versucht er, diesen in einen Verwalter der Armut umzuwandeln, nicht um diese abzuschaffen, sondern

um sie zum Nutzen der ökonomischen Despotie zu regulieren (vgl. del Búfalo in: CEPAL 1996).

### **Krise des Systems**

Spätestens seit 1970 die Tatsache in das Bewusstsein der Menschen gelangte, dass unser Planet Erde endlich ist und dass wir uns auf stark beschleunigte Weise den Grenzen seiner Leistungskraft nähern, ist viel diskutiert worden über die Krise des herrschenden politökonomischen Systems und über die Veränderungen, die in Angriff zu nehmen seien.

Die Krise der modernen Industriestaaten ist nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern auch hinsichtlich der Umwelt und vor allem auch im sozialen und kulturellen Bereich augenscheinlich geworden.

Da fast alle entwickelten Länder Welt- und Kolonialmächte gewesen sind (de jure oder de facto), spiegeln ihre nationalen Entwicklungsmodelle das Wechselverhältnis Gesellschaft - Natur nicht nur im nationalen Rahmen, sondern ebenso das Wechselverhältnis nationale Gesellschaft - Natur im kolonialen oder weltweiten Rahmen wider, wie Sunkel schon 1983 bemerkte. So stellten die Erschöpfung der nichterneuerbaren Naturreichtümer und die Schädigung der erneuerbaren für sie kein Hindernis ihrer Entwicklung dar, in dem Maße, wie sie über den technischen Fortschritt verfügten und andere Landstriche ihnen die Quellen neuer Ressourcen boten.

Während in den entwickelten Ländern die Umweltprobleme normalerweise mit der Umweltverschmutzung zusammenhängen, ist die Umweltkrise in den Entwicklungsländern in viel höherem Maße mit der Erschöpfung der Naturreichtümer einhergegangen. Die wechselseitige internationale Abhängigkeit und ihre negativen Folgen für das Naturerbe der Entwicklungsländer manifestieren sich im Abfluss von deren Ressourcen, denn bis zu zwei Dritteln aller Exporte der Entwicklungsländer waren Rohstoffe. Dies wiegt noch schwerer, wenn berücksichtigt wird, dass in den Weltmarktpreisen vieler Rohstoffe deren ökologische Kosten keinen Ausdruck finden.

Wenn auch der Prozess der Intensivierung des internationalen Austausches, der ausländischen Investitionen und des Technologietransfers zur Steigerung der Produktion und der Einnahmen der Länder des Südens beigetragen hat, so sind doch in diesen finanziellen Gewinnen die durch den Markt nicht kalkulierten Kosten nicht enthalten, die mit dem Verlust des nationalen Erbes durch Erschöpfung und Schädigung ihrer Naturressourcen und Ökosysteme im Zusammenhang stehen.

## **Nord – Süd Beziehungen: Interdependenz / Dependenz**

Bis vor relativ kurzer Zeit herrschte der Glaube an die absolute Unabhängigkeit der Staaten. Heute ist nicht nur wegen des Globalisierungsprozesses, der als ein weiteres Kettenglied innerhalb eines naturgegebenen Prozesses erscheint, sondern auch aufgrund der Umweltprobleme die Existenz einer einzigen Welt der gegenseitigen Abhängigkeiten ins Bewusstsein getreten. Diese gegenseitige Abhängigkeit ist je nach dem betreffenden Bereich mehr oder weniger fühlbar: auf wirtschaftlichem, ökologischem, demografischem, politischem oder sozialem Gebiet; und sie ist in den unterschiedlichen historischen Prozessen mehr oder weniger stark ausgeprägt gewesen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte der transnationale Kapitalismus vor, der im Weltmaßstab als zusammenhängendes System zu funktionieren begann, mit einer wachsenden Homogenisierung verschiedener Prozesse (Produktion, Konsumtion, Technologie usw.), und im Sinne einer weltweiten Logik oder Rationalität wirkt.

Der transnationale Charakter, so wie er durch Sunkel beschrieben wird, hat viele Elemente früherer Etappen des internationalen kapitalistischen Systems geerbt. Der Entwicklungsstil stellt unter anderem die noch heute gültigen Dimensionen dar: „die Vorherrschaft der transnationalen Unternehmen bei der Verbreitung und Festigung der Entwicklungsform bei gleichzeitiger Verringerung der Möglichkeiten, die sich nationalen Regierungen ergäben, eigenständige Wege der Entwicklung einzuschlagen, die weltweite Homogenisierung der Produktionsbedingungen, die Intensivierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen, die gigantische Erzeugung von Abfall- und Umweltgiften, die steigende Beweglichkeit der Bevölkerung und die Herausbildung einer transnationalen Elite, die nicht nur aus Führungspersonal, Verwaltern und Technikern der transnationalen Unternehmen, sondern auch aus Regierungsfunktionären, Universitätsprofessoren, Forschern und Wissenschaftlern, Journalisten und Publizisten besteht, die als Ideologieträger einen besonderen Lebensstil und eine bestimmte Form des privaten Konsums und der Kultur verkörpern“ (Sunkel 1983: 197).

Für Sunkel stellt sich den transnationalen Ansatz nicht nur einfach als Strategie zur Erlangung der wirtschaftlichen Dominanz der transnationalen Unternehmen dar, sondern auch gleichzeitig als eine für die Ökonomien und Gesellschaften homogenisierende Tendenz dar, deren Auswirkungen sich bis in den kulturellen Bereich und die gesamte Wahrnehmung der Welt erstrecken.

Seit Beginn der achtziger Jahre stellen Forscher der CEPAL die Tendenz der Abkopplung der Länder an der Peripherie von der Weltökonomie und ihre zunehmende unilaterale Abhängigkeit von den großen Industrienationen fest.



Im fortschreitenden Prozess der Transnationalisierung der Weltökonomie werden die einzelnen Staaten immer mehr zu Instrumenten der Unterstützung und Durchsetzung multinationaler finanzieller Interessen. Als Konsequenz verändern sich die Nord-Süd-Beziehungen substantiell. Die Länder des Nordens bilden ökonomische, kommerzielle sowie politische Blöcke und Allianzen, und gestalten als Gruppe die Beziehungen zu den Staaten des Südens. Letztere beginnen einen Prozess des Abbaus staatlicher Macht zugunsten einer Erweiterung der Machtfülle der privaten Unternehmen.

Die neunziger Jahre begannen mit der Aufstellung neuer Spielregeln: Ein Norden ohne Grenzen, fest zusammengefügt durch gemeinsame ökonomische Interessen und ein Süden, der noch auf der Basis einzelner nationaler Staaten organisiert ist, mit isolierten Ökonomien, die abhängig, verschuldet und somit völlig geschwächt sind, die sich im Prozess der Dezentralisierung und Privatisierung befinden. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen entstehen zwei Hauptverhandlungsschwerpunkte: Das der Handelbeziehungen und das des Verhältnisses zwischen Umwelt und Entwicklung. Letzteres lässt sich in zwei Bestandteile aufteilen: Die Feststellung der Haftung für verursachte Umweltschäden und die Zuteilung der Zugriffsrechte auf biologische Ressourcen und Biotechnologie.

Die Verhandlungen über die nachhaltige Entwicklung und den Umweltbereich sind vermutlich das einzige Diskussionsforum, auf dem die Länder des Südens gegenüber den Ländern des traditionell dominanteren Nordens eine annähernd gleichwertige Rolle spielen.

Bedauerlicherweise wird der im Konsens entstandene Begriff der Nachhaltigkeit in Abhängigkeit vom Entwicklungsstand eines Landes völlig unterschiedlich interpretiert. Darüber hinaus ist die "Global Partnership", so wie sie in den Dokumenten des Umweltgipfels in Rio de Janeiro beschrieben wurde, die davon ausging, dass die Umwelt und die natürlichen Ressourcen ausschließlich unter der Bedingung einer globalen nachhaltigen Entwicklung erhalten werden können, aufgrund der weltweit herrschenden ökonomischen Praxis, die eine nachhaltige Entwicklung verunmöglicht, praktisch am Ende.

Während kommerzielle Vereinbarungen pragmatisch orientiert sind, also sich auf konkrete Parameter genauer Raum-Zeitangaben stützen, beruhen Umwelt- und Entwicklungsvereinbarungen auf ethischen Prinzipien und Hypothesen, die auf Alternativen zur Entwicklungssteuerung ohne Umweltzerstörung hinweisen. Wenn man bedenkt, dass sowohl die Entwicklung als auch der Handel Einfluss auf die Umwelt ausüben, der internationale Warenaustausch derzeit nicht in signifikanter Weise die Möglichkeiten bewertet, die Natur und Umwelt bieten, sind es letztendlich die ökonomischen Abkommen, die die Spielregeln zur Behandlung der natürlichen Umwelt im Kontext des Warenaustausches und der ökonomischen Entwicklung festlegen.